

Antrag

der Abgeordneten Theo Magin, Dr. Roswitha Wisniewski, Eduard Oswald, Hans-Wilhelm Pesch, Franz Romer, Maria Michalk, Wolfgang Zöller, Kurt J. Rossmanith, Susanne Jaffke, Heinz Rother, Friedhelm Ost, Dr.-Ing. Rainer Jork, Klaus Harries, Christian Lenzer, Wolfgang Dehnel, Johannes Nitsch, Dr. Manfred Lischewski, Alois Graf von Waldburg-Zeil, Dietrich Austermann, Erich G. Fritz, Udo Haschke (Jena), Hans Peter Schmitz (Baesweiler), Josef Hollerith, Bernd Wilz, Peter Harry Carstensen (Nordstrand), Anneliese Augustin, Engelbert Nelle und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann, Jürgen Timm, Jörg Ganschow, Dr. Karlheinz Gutmacher und der Fraktion der FDP

Großforschungseinrichtungen (GFE)

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag begrüßt nachdrücklich die Maßnahmen der Bundesregierung zur Verbesserung der Flexibilität der Großforschungseinrichtungen, dargestellt im Bericht „Status und Perspektiven der Großforschungseinrichtungen im vereinigten Deutschland“ des Bundesministeriums für Forschung und Technologie vom 24. September 1991. Der Deutsche Bundestag sieht darin einen deutlichen Fortschritt. Seit Jahren vom Parlament geforderte finanzwirtschaftliche Instrumente werden damit spürbar erweitert.
2. Der Deutsche Bundestag hält es jedoch für notwendig, den damit eingeschlagenen Weg weiterzuverfolgen. Die Bundesregierung wird daher ersucht,
 - die durch den Bundesminister der Finanzen vorgegebene Befristung der Maßnahmen bis einschließlich 1996 nach einer Probephase von drei Jahren aufzuheben, wenn sich als Folge der Anwendung der Flexibilisierungsinstrumente keine gravierenden Nachteile für die Bewirtschaftung der GFE ergeben,
 - den Auffassungen der Finanzverwaltungen entgegenzuwirken, daß Einnahmen der GFE aus der Umsetzung von Forschungsergebnissen der Besteuerung zu unterwerfen sind,
 - im Bereich der personalwirtschaftlichen Flexibilisierungsinstrumente insbesondere Möglichkeiten für Abfindungen, Vorruhestandsregelungen und Sozialpläne zu schaffen. Darüber hinaus soll es den GFE gestattet sein, entsprechende

Instrumentarien in eigener Verantwortung und ohne Zustimmung der Bundesregierung zu entwickeln und zur Anwendung zu bringen, sofern durch die beabsichtigte Maßnahme keine Mehrkosten entstehen (z. B. Nichtbesetzung einer Stelle für die Dauer des Bemessungszeitraums der Abfindung). Das Verbot der Aufnahme eines neuen Arbeitsverhältnisses während des Bemessungszeitraums für die Abfindung ist aufzuheben,

- mittelfristig die Steuerung der GFE nicht mehr – wie bisher – durch Budgetfestlegung und durch Festlegung des Stellenkegels vorzunehmen, sondern nur noch über das Budget. Die Geschäftsleitungen der Großforschungseinrichtungen würden damit in den Stand versetzt, eine Personalpolitik mit größerem Spielraum nach innerbetrieblichen Kriterien zu verfolgen. Die Bundesregierung möge dazu ein Konzept vorgelegen, das über die derzeitigen Flexibilisierungsmöglichkeiten von 10 Prozent des Stellenplans hinausgeht.

3. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die in Aussicht genommenen linearen Kürzungen über sämtliche GFE hinweg auf das Haushaltsjahr 1992 zu beschränken und ab 1993 differenziert vorzugehen. Der Deutsche Bundestag erinnert an den Beschluß des Ausschusses für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung vom 18. September 1991 und bittet um unverzügliche Umsetzung bzw. Stellungnahme. Ferner wird die Bundesregierung aufgefordert, konkrete forschungspolitische Zielvorgaben vorzulegen, nach denen eine Bewertung der GFE in den alten Bundesländern, spätestens ab Mitte 1992, vorgenommen werden kann, um damit eine Grundlage für strukturelle Veränderungen im Bereich der GFE zu schaffen.

Bonn, den 22. November 1991

Theo Magin
Dr. Roswitha Wisniewski
Eduard Oswald
Hans-Wilhelm Pesch
Franz Romer
Maria Michalk
Wolfgang Zöllner
Kurt J. Rossmanith
Susanne Jaffke
Heinz Rother
Friedhelm Ost
Dr.-Ing. Rainer Jork
Klaus Harries
Christian Lenzer
Wolfgang Dehnel
Johannes Nitsch
Dr. Manfred Lischewski

Alois Graf von Waldburg-Zeil
Dietrich Austermann
Erich G. Fritz
Udo Haschke (Jena)
Hans Peter Schmitz (Baesweiler)
Josef Hollerith
Bernd Wilz
Peter Harry Carstensen (Nordstrand)
Anneliese Augustin
Engelbert Nelle
Dr. Alfred Dregger, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann
Jürgen Timm
Jörg Ganschow
Dr. Karlheinz Gutmacher
Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion